

Kaus aus der SPD, damit Scholem und Kompagnie ein wenig erpressen können, ein in die SPD, wenn ihr Zweck erreicht ist! Aber so sind sie alle, die kommunistischen Führer — das ist doch eben kommunistische Politik! Die Suhler Kommunisten sind nur ein wenig verraten und verkauft worden in diesem Handel.

Run gar die Zentralkommunisten! Moskau befiehlt: Scholem und Kompagnie sind Verräter! Gehorsam schreibt die SPD-Zentrale: „Verräter, Agenten der Bourgeoisie, Sozialfaschisten!“ Moskau befiehlt: Scholem und Kompagnie in Gnaden wieder zugelassen. Gehorsam öffnet die SPD-Zentrale den „Kollegen und Genossen“ die Arme und beratschlagt mit ihnen, wie man die Statisten aus der Arbeiterklasse übers Ohr haut.

Die Kommunisten von Suhl haben eine harte, aber überaus heilsame Lektion erhalten, die für alle kommunistischen Arbeiter von Nutzen sein sollte. Es mußte ihnen wie Schuppen von den Augen fallen! Welche Perspektive blieb ihnen? Zurückgehen in die SPD, wo die Zentralkommunisten nun noch Zugang von den charakterlichsten Leuten aus der Firma Scholem und Kompagnie erhalten? Wieder lutschen nach der Parole: Hunde sind wir ja doch? Oder den Weg ins Sektierertum nehmen?

Die Kommunisten von Suhl haben ihre Entscheidung so gefällt, wie sie jeder denkende kommunistische Arbeiter fällen sollte. Sie wollen Arbeiterpolitik treiben und nicht als Statisten hin und her geworfen werden. Sie sind in Reich und Glied zurückgekehrt. In Reich und Glied der geeinten mächtigen deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie!

Sie werden deswegen vom Organ der kommunistischen Zentrale widerlich beschimpft als „Verräterbande“, ihr Führer Guido Heym als „bestochener Lump“. Sie werden nach den Erfahrungen, die sie mit der SPD und ihren Führern gemacht haben, mit grenzenloser Verachtung darüber hinweggehen.

Der Weg der Suhler Arbeiter führt zur Einheit. Sie haben allen, die heute noch abseits von der Sozialdemokratie stehen, ein Beispiel gegeben. Jeder denkende Arbeiter muß ihnen folgen: eine Klasse, eine Partei! Einheit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie! Am 20. Mai alle Arbeiterstimmen für

Liste 1

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Stahlhelm ade!

Eine Sterbekasse aus Angst vor „gewissen Zukunftsmöglichkeiten“.

Die Bundesleitung des Stahlhelms erläßt folgenden Rundschreiben:

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten
Bundesamt
Abt. St. Du. 23.

Magdeburg, den 21. 2. 1928.

Rundschreiben Nr. 7.

An die Führer der Landesverbände und selbst Gau.

Mit Rücksicht auf gewisse Zukunftsmöglichkeiten wird hiermit die sofortige Gründung einer Sterbekasse vereins in jeder Stahlhelmortgruppe, selbst wenn diese nur aus ganz wenigen Kameraden bestehen sollte, angeordnet.

Die Landesverbandsführer sind verantwortlich, daß diese Maßnahme bis zur Bundesvorstandsitzung reiflos durchgeführt ist. Bei dieser Gelegenheit wird Aussprache und Berichterstattung über diesen Punkt stattfinden.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten.
Der Bundesleiter.
gez.: Geitzlich.

Jede Ortsgruppe hat unverzüglich aus den der Sterbekasse angehörenden Mitgliedern einen Sterbestiftungsverein zu gründen. Es wird erwartet, daß jeder Kamerad dem Sterbestiftungsverein angehören wird.

Die Wahlschlacht ist noch nicht geschlagen und schon bereiten sich die tapferen Herren vom Bund der Frontsoldaten auf „gewisse Zukunftsmöglichkeiten“ vor. Schon heute jähren sie vor einem Linkssieg, schon heute suchen sie ein „Wassersloch“, in das sie sich verziehen können! Nach einem neuen „Marsch auf Berlin“ sieht diese vorbereitete Firmenänderung nicht aus, aber sie verrät nur zu deutlich, daß die Bundesleitung des Stahlhelms selbst fühlt, daß sie in einem geordneten Staatswesen nichts zu suchen hat.

Was sollen die Stahlhelmkandidaten?

Herr Franz Seidie, Bundesführer des Stahlhelms, veröffentlicht einen Erlass „Wählen ist Stahlhelmbefehl“. Der politische Inhalt dieses Erlasses — daß Gott erbarm!

Wozu wählt der Stahlhelm? Herr Seidie sagt es:

„Eines Tages aber wird die Zeit erreicht sein, von der es heißt: „Als nun die Zeit erfüllt ward“. Eines Tages wird es möglich sein, das nationale Programm des Stahlhelms durchzuführen, von dem die Förderung des Zweikammersystems und die Stärkung der Regierungsgewalt des Reichspräsidenten einen Teil bedeutet. Für diesen Zeitpunkt wünscht aber der Stahlhelm seine Männer politisch zu schulen, und er wünscht in den abgeordneten Stahlhelmkameraden in den verschiedenen nationalen Parteien diejenigen Kameraden zu sehen, die sich schulen und vorbereiten, um die Kennis für diese spätere Zeit in Reichstags- und Landtagsarbeit zu erwerben.“

Damit sind die Stahlhelmabgeordneten als Schrittmacher der verfassungsmäßigen Reaktion genügend charakterisiert. Interessant ist danach nur, daß Herr Seidie, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Volkspartei, bei seinen Agitationsreden in Ostpreußen Wert darauf legt, Mitglied des Stahlhelms zu sein!

Helfer bei der Flucht des Kommunisten Braun aus Moskau soll ein Günter Breitfeld sein, der auf der Wiener Trabrennbahn verhaftet wurde. Die Polizei suchte ihn schon längere Zeit als Teilnehmer am Tawerkelstahl auf Schloß Coburg bei Rürnberg-Fürth.

Der italienisch-türkische Vertrag, der auch nach Griechenland einbezogen und Italien deren Neutralität gegen Südlawien sichern soll, ist fertig. Italienische Flugmonopole in der östlichen Adria, also an der südlawischen Küste, werden bereits angekündigt.

Reichsregierung gegen Ostpreußen

Der Hilferuf an Hindenburg und Braun. — Das Bürgerblockkabinett führt den Zusammenbruch landwirtschaftlicher Betriebe herbei.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt zu der gestrigen Meldung über „Die Finanzierung der Ostpreußenhilfe“ folgendes mit:

„Ministerpräsident Dr. Braun hat in seiner Rede in Braunsberg-Ostpreußen lediglich den Inhalt eines Telegramms mitgeteilt, das der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Siehr, an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet hat. Dieses Telegramm hat den folgenden Wortlaut:

„Die unter Ihrer persönlichen Führung aufgenommene Hilfsaktion für die ostpreussische Landwirtschaft ist so weit gefördert, daß ihre wesentlichen Richtlinien kürzlich veröffentlicht werden konnten. Die Verhandlungen des Provinzialverbandes über die amerikanische Auslandsanleihe für zweifache Hypotheken sind erfolgreich abgeschlossen.“

Wichtig überraschend erklärt jetzt der Reichsfinanzminister, aus reparationspolitischen Gründen die Auslandsanleihe nicht genehmigen zu können. An allen Verhandlungen war das Reichsfinanzministerium maßgebend beteiligt. Die beabsichtigte Auslandsanleihe Ostpreußens mußte daher bei den Entschlüssen des Reichsfinanzministeriums unter allen Umständen berücksichtigt werden. Die Haltung des Reichsfinanzministers ist um so unverständlicher, als nach Presseberichten größere Auslandsanleihen der Städtelzentrale und der Städte Berlin und Frankfurt a. M. neuerdings genehmigt sind. Eine Beteiligung Ostpreußens an der Anleihe der Landesbankzentralen, wie der Reichsfinanzminister empfiehlt, ist nicht gangbar, weil deren Mittel unzureichend und die Bedingungen für die Ostpreußenaktion, wie sie durch Reichs- und Staatsregierung geregelt ist, nicht passend sind. Die mit der Auslandsanleihe durchzuführende Beschaffung zweier Hypotheken ist das Kernstück der Ostpreußenhilfe.“

Der Standpunkt des Reichsfinanzministers verzögert dieses Kernstück und bedeutet für ungezählte Betriebe den wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Laufende um ihr Dasein schwer ringende Landwirte Ostpreußens, sowie deren Gläubiger und die Kaufmannschaft und das Handwerk haben die Ostpreußenhilfe mit Ungebuld herbeigesehnt und erwarten im Vertrauen auf die Zusagen der Reichs- und Staatsregierung nummehrige Rettung. Ich bitte Sie, Herr Reichspräsident, der Provinz Ostpreußen Ihre oftmals bewährte Hilfe zu leisten.“

Das Telegramm, das gleichfalls dem preussischen Ministerpräsidenten zugegangen war, enthielt noch die dringende Bitte um Unterstützung durch die preussische Staatsregierung.

Hinzugefügt werden kann noch, daß für den Ministerpräsidenten und für die gesamte preussische Staatsregierung die Erklärung des Reichsfinanzministers gleichfalls völlig überraschend gekommen ist. Die preussische Staatsregierung hat durch das Telegramm des Oberpräsidenten von der neugeschaffenen Situation erstmalig Kenntnis erhalten. Wenn der Ministerpräsident in seiner Rede auch das Wort Sabotage gebraucht hat, so kann es sich nur um die Fälschung dieses Wortes in dem Sinne gehandelt haben, daß der Ministerpräsident Bezug genommen hat auf die in rechtsstehenden Kreisen der Provinz Ostpreußen stets gegen die preussische Regierung erhobenen Vorwürfe, sie sabotiere die Ostpreußenhilfe.

Die Darlegung des amtlichen Preussischen Pressedienstes zeigt klar, daß die Anleihepolitik der Herren Schacht und Köhler schwerste Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet.

Kommunistische Mörder!

Sie schießen auf Reichsbanner. — Ein Kamerad durch Kopfschuß getötet.

Hamburg, 17. Mai. (WIB.)

Heute abend ist es hier zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und Kommunisten gekommen. Eine Anzahl Reichsbannertrute befanden sich in einem Restaurant „Zum Felsenkeller“ in der Vogelweide, als nach 6 Uhr abends mehrere Propagandawagen der SPD in diese Straße einbogen. Im Augenblick entzündete eine Schießer, die eine Reihe Opfer forderte. Der im Lokal sitzende Heinrich Tiedemann wurde durch Kopfschuß getötet.

Mehrere andere Personen — soweit bisher festgestellt, sechs — wurden durch Schüsse verletzt. Bei dem Tawalk wurden die Fensterheben des Lokals zertrümmert.

Die Kriminalpolizei ist eilig bemüht, den ganzen Sachverhalt festzustellen. Mannschaften der Schutzpolizei wurden die Nacht über in Bereitschaft gehalten.

Wahlrede Otto Bauers in Leipzig.

Für die Einigkeit der Arbeiter.

Leipzig, 17. Mai.

Vor einer sozialdemokratischen Kreisversammlung sprach Abgeordneter Genosse Dr. Otto Bauer-Wien, der gleich anderen Parteigenossen der Reichsbanner am Wahlkampf der reichsdeutschen Sozialdemokratie rednerisch mitwirkte. Der Führer der verhältnismäßig stärksten Partei unserer Internationale führte aus, daß der Deutsche nach dem Kriege wieder stark geworden sei und heute einen führenden Wirtschaftsfaktor in der Welt darstelle. Der Frieden in Europa werde heute zwar nicht ausschlaggebend von Deutschland entschieden, aber die Entwicklung in Deutschland habe eine ganz besondere Bedeutung dafür. Die Arbeiter aller Länder erwarten, daß die deutschen Wahlen eine Niederlage des Nationalismus

brächten, nicht nur des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen, damit die Sozialkrisen in Deutschland die Lebensmittelpreise verteuerten. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale sehe auch nach anderer Richtung Erwartungen auf die reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten. Wenn es nicht gelänge,

das Washingtoner Abkommen

in Deutschland durchzuführen, so sei der achtstündige Arbeitstag in der ganzen Welt bedroht. Vor allem müßten die Arbeiter unter sich einig sein. Die Arbeiterklasse ohne nicht, wie ungeheuer stark sie sein könnte, wenn die Zersplitterung nicht wäre. Die Arbeiter Deutschlands erstrebten den Anschluß an Deutschland, doch müßten die deutschen Arbeiter in Deutschland alles so einrichten, daß sich die österreichischen Arbeiter nach Deutschland sehnten. Dann würde auch kein italienischer Faschismus oder französischer Imperialismus den Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern können.

Von deutschösterreichischen Genossen sprechen (oder haben gesprochen) im reichsdeutschen Wahlkampf außer Otto Bauer noch: Karl Renner, Otto Glöckel, Paul Richter, Julius Deutsch und Robert Danneberg.

Die Morgenröte des Bolschewismus.

Seidenschiff „Aurora“ paradiert vor dem Afghantenthan.

Der afghanische Vadirschah Amanullah hat nach den Moskauer Festen im Rosentepplchen Ausflüge nach Leningrad und dann nach der Krim unternommen, wo er von den einzig echten Revolutionären ebenso gefeiert worden ist, wie von den Obertowarischen in Moskau. Und freudig erhobenen Herzens, sogar mit stolzer Feder, berichtet die Sowjetpresse, wie Amanullah hoch zu Kriegsschiff auf der Rewa die Ostsee flote abfuhr. Jedes der geladestützigen Schiffe fuhrerte 21 Schuß Königsalut, die Roten Matrosen paradierten und schrien Urra — hochlächen Williams Herz hätte gepuppert vor Freude!

Unter diesen Schiffen war auch, und das Blatt hebt es besonders hervor, der Kreuzer „Aurora“, der am 7. Oktober 1918 durch die Granaten seiner Schiffskanonen und durch seine Landungs-

mannschaft den Erfolg des bolschewistischen Aufstandes entschieden hat — das Seidenschiff, dem keinerlei Gefahr drohte, und dessen Seidenschiff so viele Sowjetfilme zeigen. Diesmal stellte sich die Kernmacht der weltbefreienden Sowjetrevolution in den friedlichen Dienst der Huldigung vor einem afghanischen Selbstherrscher. Urra! Das Leningrader Blatt, das diese Herrlichkeit meldet, heißt „Krote Zeitung“. Gut so — da kann keiner sehen, ob es nicht vielleicht doch schamrot dabei geworden ist.

Das Befinden Dr. Stresemanns.

Die Besserung im Befinden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann hält an. Die Tätigkeit der Nieren hat sich weiter gehoben. Temperatur 36,9, Puls 84. Es ist zu hoffen, daß im weiteren Verlauf der Erkrankung Rückfälle nicht eintreten.

Lügen, lügen, lügen!

Deutschnationaler Wahlschwindel ohne Ende.

Der Balkenbieger kandidiert zwar nicht mehr, aber sein Geist lebt weiter unter den Deutschnationalen. Jeder Tag bringt eine neue Stufe deutschnationaler Wahllügen. Es verlohnt nicht, sie alle zu registrieren. Man kann nur immer wieder mit Ersäunen feststellen, daß ihnen kein Mittel dumm und schlecht genug ist, um Gimpel auf den Beinen zu führen. Da kann man in der amtlichen deutschnationalen Korrespondenz lesen, „ein sozialdemokratischer Landarbeitersekretär“ habe in einer Versammlung (jede genauere Angabe wird peinlich vermieden) ausgeführt:

„Glauben Sie eigentlich, daß die Sozialdemokratie so dumm ist, Hunderttausende von Landarbeitern anzusteden und selbständig zu machen? Der Erfolg für die Sozialdemokratie würde ja nur der sein, daß diese ehemaligen Landarbeiter nicht mehr daran dächten, sozialistisch zu wählen, sondern ihre Stimme den Deutschnationalen zu geben!“

Wörtlich! Wer glaubt? Der Fabrikant dieser Lärmparole am allerwenigsten.

Auch die Volkspartei macht ihre Erfahrungen mit den Koalitionsbrüdern der Couleure Wehler. Ihre Presse muß sich fast täglich mit den schwarzweihroten Schwindeln herumärgern. Der Pressedienst der Volkspartei hat deshalb eine eigene Rubrik nach Art der Rundfunktruppe eingerichtet: „Achtung! Achtung! Hier schwindeln die Deutschnationalen!“ Und da findet man als Neuestes vom Kriegshauptquartier ein deutschnationales Infernal, nach dem im Berliner Auswärtigen Amt eine englische Note eingegangen sei, die so vollkommen die Einstellung Londons auf die Politik Poincarés in der Entschädigungsfrage offenbar gemacht habe, daß selbst der Außenminister Dr. Stresemann, als er diese Note zur Kenntnis nahm, einigermaßen bestürzt gewesen sei. Seit Eingang dieser Note wisse man in der Berliner Wilhelmstraße ganz genau, daß die Bestrebungen auf Revision des Dawesplanes von London her keinerlei Unterstützung erfahren werden, daß vielmehr die Londoner Regierung zurzeit eine völlig geschlossene Front mit Poincaré und seiner „zukünftigen Regierung“ gegenüber Deutschland bilde.

Run sollte man eigentlich meinen, wenn die Deutschnationalen das behaupten, dann stimmt es, denn sie sitzen ja vier Mann hoch in der Regierung drei und das Mindestmaß von Verantwortungsgefühl muß man doch bei einer — dazu noch so stramm nationalen und vom Staatsbürgergeist angehauchten — Regierungspartei voraussetzen, daß sie wenigstens nicht mit dem Lebensfragen des Volkes einen Hokusfokus treibt, der innen- und außenpolitisch den größten Schaden anrichten kann. Und doch schämt der Pressedienst der Volkspartei: Schwindel, Schwindel, nichts als Schwindel!

Bei wem glauben die Deutschnationalen mit dieser schandlichen Fälschung noch Eindruck zu schinden? Bei den betrogenen Rentnern, bei dem genaueführten völkischen Anhang oder etwa bei denen, die Herrn von Sandrezki? Oder wollen sie sich wieder einmal als das dem Gedächtnis der Wähler empfehlen, was sie sind: Partei der Balkenbieger, wilhelminisch und schwarzweihrot bis auf die Wahlnocken, die man dem Anhang vorzuschießen mag!

Der frühere Gesandte Deutschlands in Moskau, Birk, ist auch in zweiter Letztlicher Instanz vom Hochverrat freigesprochen, aber wegen Nichtbefolgung von Regierungsbefehlen zu Amtsverlust verurteilt worden.

